Erschöpft, aber glücklich

Infostand beim Evangelischen Kirchentag in Bremen

Ob sich Leute ansprechen lassen, die hauptsächlich zur religiösen Inspiration zum Evangelischen Kirchentag nach Bremen gekommen sind? Darum ging es: Drei Tage lang auf Menschen zugehen, sie ansprechen, mit ihnen diskutieren, sie überzeugen und sie für unseren Kampf um ein Verbot der Nazipartei NPD gewinnen.



Andrang am VVN-Stand auf dem Kirchentag. Bild: Raimund Gaebelein

»Darf ich Sie kurz ansprechen?« »Wir sammeln Gründe für ein Verbot der NPD!« »Haben Sie zuhause schon ein Kamel oder ein Alien?« »Nennen Sie mir Ihren Grund für ein Verbot der NPD!« So oder ähnlich haben wir die an uns vorbei flutenden, spätestens ab dem dritten Tag auch sichtlich gestressten Menschen auf unseren Stand aufmerksam gemacht. Nur wenige reagierten unwirsch, viele interessiert. Selten war unser Stand leer, oft aber hatten sich Trauben gebildet, insbesondere wenn eine der zahlreichen Jugendgruppen vorbei kam. Und dann konnte es losgehen mit unseren Fragen, aber auch zuhören war angesagt.

Die meisten Argumente, die wir zu zerstreuen hatten, waren,

- dass, wenn die NPD verboten würde, die Nazis dann im unkontrollierbaren Untergrund weitermachen würden. Einige unsere Antworten: Die SPD-Innenminister haben mit ihrer kürzlich vorgelegten Dokumentation das Gegenteil bewiesen. Dann hätte man sie längst wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung verboten und bestraft, so aber sind sie durch das Parteienprivileg geschützt.
- dass die Ideologie mit dem Verbot doch nicht aus Köpfen verschwunden sei. Einige unsere Antworten: Stimmt! Den Sumpf muss man trockenlegen durch umfassende Information über die Verbrechen der Nazis und der Ideologie, die bis heute dahinter steckt. Den jungen Menschen müssen durch bessere Bildung und Ausbildung echte Perspektiven geboten werden. Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes darf nicht zur hohlen Phrase verkommen.
- dass sie sich sofort wieder neu organisieren würden oder sich anderen bestehenden faschistischen Organisationen anschließen würden. Einige unsere Antworten: Kann sein. Aber, sie bekämen nicht gleich wieder Steuergelder in Millionenhöhe.
- dass den Nazis auch das Grundrecht der Meinungsfreiheit zugestanden werden müsse. Einige unsere Antworten: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Genau die, denen Meinungsfreiheit zugestanden werden soll, werden sie als Erstes abschaffen.

Zugegeben, nicht alles ist einem immer gleich eingefallen, obwohl jeder von uns alle diese Argumente schon mal gehört hatte und sich damit auseinandergesetzt hatte. Das Problem bestand u.a. darin: Wie sage ich es der 85 Jahre alten Frau? und: Wie sage ich es dem 15-jährigen Punk?

Die alte Dame schrieb schließlich: »Ich will das für meine Enkel nicht mehr haben!« und der Punk: »Die muss man verbieten, weil sie andere Lebensweisen nicht akzeptieren.«

»Schweigen ist Blech, Reden ist Gold« – nur damit kann der Erfolg, den wir hatten, erklärt werden, denn mehr als 500 ausgefüllte Zettel bekamen wir in diesen Tagen. Am Samstagabend nach dem Aufräumen waren wir alle stehend k.o., aber glücklich! **Heinz Siefritz**



Wozu sind V-Leute da, wem nutzen und wem schaden sie? Mit einer neuen Postkartenaktion informiert die VVN-BdA über die Informanten der Ämter für Verfassungsschutz. Weitere Informationen auf Seite 2.

Schon 3000 Stellungnahmen

nonpd: Mehr als die Hälfte ist geschafft

Vorfristig hat die Kampagne »nonpd« ihr Etappenziel erreicht. Mitte Juni waren mehr als die Hälfte der geplanten 5.000 Stellungnahmen eingegangen.

Anders als bei anderen Projekten oder auch noch bei unserer Kampagne im Jahr 2007 existieren sie nicht nur als abstrakte Zahl, die sich am Ende in einem Papierberg materialisiert, sondern sie werden bereits im Laufe des Prozesses individuell dargestellt. Sie sind bereits jetzt veröffentlicht und jedem Interessierten auf unserer virtuellen »Anti-NPD-Landkarte« www.npd-verbot-jetzt.de zugänglich.

Die Landkreise auf der Karte färben sich je nach Anzahl veröffentlichter Stellungnahmen ein und zwar relativ bezogen auf die Bevölkerungszahl. So kommt es, dass in Berlin zwar die meisten Stellungnahmen zu lesen sind, aber Rostock, Schwerin, Nordvorpommern, Frankfurt/Oder, Prignitz und Suhl die Zielfarbe »lila« erreicht haben. Diese erfolgreichsten Kreise liegen allesamt in den neuen Bundesländern. »Weiß«, also ohne jede Stellungnahme, sind nur noch wenige Landkreise. Die Flächenländer Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein, NRW und Hessen haben es gemeistert, auch an ihren Schwachpunkten Menschen zu erreichen, was sich an einer vollständigen Einfärbung sehen lässt. Freunde von Statistiken können auf der Homepage die jeweils aktuellen Zahlen aller Landkreise einsehen.

Außer diesen quantitativen Aspekten sind die qualitativen wenigstens anzudeuten. Es ist deutlich, dass wir alle Altersstufen erreichen, eine Vielzahl von Berufen, Frauen und Männer, Mitglieder vieler verschiedener Organisationen, überwiegend aber solche, die keine Mitgliedschaften angegeben haben. **Thomas Willms**

Neue Postkartenserie

»V-Leute sind Faschisten mit V«

Unsere Kampagne »nonpd – NPD-Verbot jetzt!« richtet sich gegen Neonazis und nicht gegen »den« Verfassungsschutz. Da die Ämter durch das Führen von V-Leuten in den NPD-Leitungen laut Bundesverfassungsgericht ein »Verfahrenshindernis« herstellen, ist es unvermeidlich, sich mit ihnen zu beschäftigen. Das ist Ziel der VVN-Postkarten.

Es hat sich gezeigt, dass eine Reihe ernster Missverständnisse stark verbreitet sind. So ist weithin unbekannt, dass es »das« Amt für Verfassungsschutz überhaupt nicht gibt, sondern hiervon ganze 17 nebeneinander her arbeiten: Eines im Bund, je eines pro Bundesland. Das zweite betrifft den Charakter der »V-Leute«, bei denen es sich ausnahmslos um gekaufte »Milieu-Personen« handelt und nicht etwa um Angestellte der Behörden. Drittens kann man von einem »V-Leute-System« sprechen, bei dem die Beteiligten symbiotische Verhältnisse eingehen. Der V-Mann-Führer braucht den V-Mann und zwar als einen »erfolgreichen« Neonazi, da nur solche interessante Informationen bringen können. Umgekehrt profitiert der Informant selbstverständlich von seiner Rolle, mindestens in finanzieller Hinsicht. So finanzieren die öffentlichen Haushalte nicht nur direkt NPD-Abgeordnete und ihre Stäbe, sondern auch ein Schattenheer von als V-Leute tätigen Neonazis.

All dies hat die Bundesvereinigung der VVN-BdA zur Herausgabe einer vierteiligen Postkartenserie veranlasst. Die Karten arbeiten mit dem Mittel der Frage, um Problembewusstsein zu erzeugen. »Wem nützen V-Leute?« heißt es beispielsweise. Der Hinweis, man möge doch bitte im Bundesinnenministerium anrufen und die Antwort einfordern, weißt darauf hin, dass wir niemanden denunzieren wollen, sondern mehr Offenheit und Demokratie in bezug auf die Geheimdienste fordern. Unsere eigene Antwort findet sich jeweils kurz und knapp auf der Rückseite. Die Postkarten vertreibt das Bundesbüro. **Thomas Willms**

»Antifaschismus ist ein unverbrauchter Gedanke!«

VVN mit nonpd-Kampagne auf dem UZ-Pressefest in Dortmund

Dass die großen Traditionen antifaschistischen Widerstandes der Arbeiterbewegung lebendiger denn je sind, dass antifaschistische Arbeit gerade heute generationsübergreifend in den Mittelpunkt gehört, bestätigte sich auf dem 16. Volksfest der DKP, dem UZ-Pressefest, auf anschauliche Weise.



Stellungnahmen wurden auch auf dem UZ-Fest gesammelt. Bild: Meimberg

Der zentral gelegene Informationsstand der VVN-BdA war drei Tage lang von Interessierten belagert. Die Fortsetzung der Kampagne nonpd stieß auf breite Zustimmung. 250 Nazigegner gaben bis Sonntagnachmittag ihre Stellungnahmen für ein Verbot der NPD ab. Zahllose Gäste hatten bereits ihre Meinungsäußerung abgegeben und sind in der Kampagne bereits selbst aktiv. Andere bemerkten aber auch: ich hab' doch schon unterschrieben, und bedurften der Aufklärung, dass der Unterschrift nun die »Stimme« folgen möge.

Die Plakate, Aufkleber, Postkarten zur Kampagne fanden reißenden Absatz. Auf große Zustimmung stieß die neue Postkartenserie gegen die vom Staat finanzierten Nazis (»V-Leute«).

Die Aktion »Keine Nazis und andere Rassisten in die Parlamente!« war der Beitrag der VVN-BdA NRW mit dem Blick auf die anstehenden Wahlen. Dazu wurden Traktate und Plakate ausgegeben. In den zahlreichen Diskussionsrunden waren die Vertreterinnen und Vertreter der VVN-BdA gefragte Partner. Viele Teilnehmer des Festes verließen Dortmund mit einem dicken Materialpaket und vielen neuen Argumenten für den Kampf gegen die Neonazis.

Die Höhepunkte des Kulturprogramms mit der traditionsreichen chilenischen Gruppe Inti Illimani und dem Auftritt von Konstantin Wecker, der mit Esther Bejarano das »Moorsoldatenlied« präsentierte, waren geprägt von antifaschistischem Engagement. Dass kulturell eine Brücke zu einer neuen Generation geschlagen ist, stellte Esther Bejarano mit der Microphone Mafia unter Beweis. Viele weitere Beiträge waren von Mitgliedern und Freunden der VVN-BdA mitgetragen.

Der Gedanke antifaschistischer Arbeit ist in den Köpfen vieler einer neuen Generation angekommen. Die VVN-BdA ist kein »Veteranenverein«! Das stimmte die mehr als 30 Helferinnen und Helfer am Stand der VVN-BdA optimistisch. Für alle Beteiligten war es nicht nur die Bestätigung, etwas sinnvolles gemacht zu haben. Es war auch ein großes Erlebnis. Die nicht da waren, haben etwas verpasst. Herzlichen Dank allen, die mitmachten. **Jürgen Schuh**

Berlin, 13. September, Unter den Linden/Bebelplatz, 13 bis 18 Uhr:

VVN-BdA lädt zum »Tag der Erinnerung und Mahnung«

Seit 1990 veranstaltet die Berliner VVN-BdA den Tag der Erinnerung und Mahnung, eines der größten antifaschistischen Treffen in der Stadt. Er greift die Tradition des »Tages der Opfer Faschismus« auf, den Überlebende der Zuchthäuser und KZs 1945 begründeten und der seitdem an jedem zweiten Septembersonntag begangen wurde.

In diesem Jahr beginnt der Tag der Erinnerung um 11 Uhr an der ehemaligen SA-Kaserne General-Pape-Strasse. Hier startet ein Fahrradkorso zu den Orten von Verfolgung und Widerstand, er endet auf dem Bebelplatz.

Dort finden von 13 bis 18 Uhr Gespräche mit Zeitzeugen und Diskussionen zur aktuellen Situation von Sinti und Roma statt. Eine Podiumsdiskussion befasst sich mit deutscher Geschichtspolitik 70 Jahre nach dem Überfall auf Polen, Ausstellungen dokumentieren die Geschichte der NS-Zwangsarbeit, den Widerstand gegen das NS-Regime sowie die Geschichte des »Tages der Opfer Faschismus«. Zahlreiche Infostände, das Kulturprogramm auf der Hauptbühne, ein Grafitti-Jam, ein Kinderfest und anderes mehr erweitern das Programm. Die Berliner VVN-BdA freut sich sehr auf Euer/Ihr Kommen!

www.tag-der-mahnung.de

Ungesühnte Verbrechen

Aktuelle Erinnerungen bei Hebertshausen-Feier

Den Gedenkveranstaltungen, mit denen des 64. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau gedacht wurde, war schon am 30. April die Einweihung des neuen Besucherzentrums der KZ-Gedenkstätte vorangegangen.

Ministerpräsident Horst Seehofer hatte hier die Eröffnungsrede gehalten. Auf deren Inhalt nahm Ernst Grube, stellvertretender Vorsitzender der Lagergemeinschaft Dachau und Landessprecher der VVN-BdA Bayern, am 3. Mai bei der Gedenkstunde für die in Hebertshausen bei Dachau ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen kritisch Bezug:

»Anlässlich der Eröffnung des neuen Besucherzentrums der KZ-Gedenkstätte sprach der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer auf dem ehemaligen Appellplatz vom Weg des Erinnerns ›…dessen Abschnitt nun vollendet ist‹. Er hat dabei ›übersehen‹, dass dieser Weg bis nach Hebertshausen zur ehemaligen SS-Schießanlage führt und dass dieser Abschnitt noch lange nicht vollendet ist.

Seehofer sprach von den Opfern, von den Juden, den Sinti und Roma, von den Christen und von den überzeugten Demokraten. Dass diese überzeugten Demokraten Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler waren, ist ihm wohl bis heute noch nicht bewusst geworden – er hat es nicht für nötig gefunden, sie zu benennen. Er fand auch kein einziges Wort für die tausenden sowjetischen Kriegsgefangenen, die hier an diesem Ort von den Faschisten ermordet wurden.«



Dachau-Überlebende aus der ehemaligen Sowjetunion bei der Feier am 3. Mai vor dem Mahnmal am Schießplatz Hebertshausen.
Bild: Hermann Offner

Grube ging in seiner Rede näher auf den »Kommissarbefehl« ein, auf dessen Grundlage Wehrmacht und SS Kriegsgefangene aus der UdSSR unter Bruch des Völkerrechts hunderttausendfach umbrachten. Einer der Tatorte war der ehemalige SS-Schießplatz in Hebertshausen bei Dachau.

Entschädigung vorenthalten

»Der Großteil dieser Verbrechen wurde nie gesühnt«, fuhr Ernst Grube fort, »die Täter entgingen der Bestrafung. Dies betrifft sowohl die Verbrechen in den Konzentrationslagern als auch die Verbrechen der Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges in Ost und West. Einige dieser Verbrechen sind in den vergangenen Jahren wieder etwas deutlicher in den Blick der Öffentlichkeit gerückt – auch, weil Historiker, Verfolgtenorganisationen und kritische Nachgeborene nicht nachließen und nachlassen im Bemühen, sie aufzuklären, nach noch lebenden Tätern zu fahnden und überlebende Opfer und deren Angehörige zu unterstützen in ihrem Kampf um eine Entschädigung für die Leiden, die von Deutschen über sie und ihre Familien gebracht wurden. Vor allem in Griechenland und in Italien geht es darum – und die deutschen Behörden verhalten sich bisher mehr als beschämend in diesen Fragen.

Im Juni 1944 wüteten die Wehrmacht als Besatzungsarmee und die SS unter anderem in Italien und in Griechenland. (…) Vor italienischen Gerichten haben inzwischen italienische Opfer der deutschen Besatzer erfolgreich auf

(Fortsetzung auf Seite 4)



Das neue Besucherzentrum in der KZ-Gedenkstätte Dachau.
Bild: Privat

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Lidice und Terezìn:

Bamberger VVN-BdA bei Gedenkfeiern

Nachhaltige Eindrücke von den NS-Verbrechen hinterließ die Gedenkfahrt der VVN-BdA Bamberg am 13. und 14. Juni nach Lidice und Theresienstadt. Der Termin war gewählt worden, um an der Jahresgedenkfeier zur Erinnerung an die Zerstörung Lidices und an die Ermordung und Verschleppung seiner Einwohner teilnehmen zu können.

In Anwesenheit des tschechischen Präsidenten Vaclav Klaus bekundeten dort rund 70 Delegationen aus den verschiedensten Ländern ihre Anteilnahme am vergangenen Geschehen und mahnten zum Widerstand gegen die aktuellen europaweiten Rechtstendenzen. Bei dem sich anschließenden Besuch der Gedenkstätte Theresienstadt gedachten die Teilnehmer unserer Gedenkfahrt besonders der 1942 nach Theresienstadt verschleppten 71 Bamberger Bürger, von denen dann die meisten in Auschwitz ermordet worden waren.



Gedenkveranstaltung in Lidice.
Bild: VVN-BdA Bamberg

Der Besuch beider Gedenkstätten ermutigte alle Teilnehmer, in ihrem Widerstand gegen die Naziaufmärsche in Gräfenberg (mittlerweile sind es 40 seit November 2006!) nicht nachzulassen, denn Faschismus dürfe nie wieder Fuß fassen und derartige Verbrechen dürften nie wieder geschehen.

Günter Pierdzig

Ungesühnte Verbrechen
(Fortsetzung von Seite 3)

Entschädigung, die griechischen Opfer erfolgreich auf Vollstreckbarkeit ihres griechischen Rechtstitels gegen deutsches Eigentum in Italien geklagt.

BRD pocht auf Staatenimmunität

Die Bundesrepublik Deutschland hat in all diesen Entschädigungsverfahren ›Staatenimmunität‹ für die Kriegs- und Völkerrechtsverbrechen gefordert. Dieses Argument hat sowohl das höchste Gericht Griechenlands als auch der italienische Kassationshof zurückgewiesen. Um der Vollstreckung der Entschädigungsansprüche zu entgehen, hat die Bundesregierung nun im Dezember 2008 Klage vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag erhoben. Sie will grundsätzlich festschreiben lassen, dass die italienischen Gerichte für diese Rechtsfälle nicht zuständig, ihre Urteile eine Verletzung des Völkerrechts, eine Verletzung der Souveränitätsrechte Deutschlands seien. Die Bundesrepublik Deutschland stellt sich also in diesem Verfahren selbst als Opfer dar.«

»Verhöhnung der Opfer«

Dies sei eine Verhöhnung der Opfer. Die Klage müsse zurückgezogen werden. Ernst Grube schloss seine Ansprache mit den Worten: »Wie sagte der Bayerische Ministerpräsident vor einigen Tagen auf dem Appellplatz des KZ Dachau: ›Wir vergessen nicht, wir verdrängen nicht, wir relativieren nicht was geschah. Wir stellen uns unserer Geschichte‹. Wenn Sie das ernst meinen, Herr Ministerpräsident, dann helfen Sie mit, dass die noch lebenden Opfer dieser Verbrechen und deren Hinterbliebene die ihnen gebührende Entschädigung erhalten.«

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 531786
Fax: (089) 5389464
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de
Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!

Gegen braunen »Bayerntag«

Bündnis machte in Straubing mobil gegen die NPD



Viele junge Menschen waren in Straubing bei der Demonstration gegen die Nazis dabei. Bild: Rauch

Für den 6. Juni hatte die NPD einen »Bayerntag« in Straubing angekündigt. In den Räumlichkeiten einer ehemaligen Tierklinik, die von der neofaschistische Partei vor geraumer Zeit angemietet worden waren. So umging die Partei rechtliche Auseinandersetzungen – ungestört allerdings verlief der braune »Bayerntag« dennoch nicht – und schon gar nicht öffentlichkeitswirksam.

Im Vorfeld der Naziveranstaltung entstand ein regionaler »Runder Tisch gegen Rechts«, an dem sich verschiedene Organisationen und Einzelpersonen beteiligten. Dieser erarbeitete ein Konzept für eine Gegenaktion am 6. Juni und bemühte sich um Kontakte im öffentlichen Leben der Stadt. Dies geschah nicht nur auf den unmittelbar anstehenden Termin bezogen: bereits bei der Gründung wurde mitgeteilt, dass der Runde Tisch auch in Zukunft aktiv sein wolle – und offen für alle Verbände und Organisationen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren wollen.

Etwa 200 Straubinger und Gäste versammelten sich schließlich einen Tag vor der Europawahl zu der Kundgebung gegen die Naziveranstaltung. Vertreter der DGB Jugend und des Passauer Bündnisses gegen Rechts stellten ihrer Positionen dar und berichteten über ihre Erfahrungen. Ein großes Polizeiaufgebot umlagerte die Kundgebung; einzelne Teilnehmer mussten Taschenkontrollen und Leibesvisitationen über sich ergehen lassen. Nach der Veranstaltung zog ein für Straubinger Verhältnisse beachtlicher Demonstrationszug durch den Ort.

Die Zufahrt und der Zugang zum Tagungsort der NPD war von Polizeikräften abgeriegelt worden. Anfahrende Fahrzeuge wurden kontrolliert; Personalien von Demonstrationsteilnehmern und von Fotografen, die zum Veranstaltungsort wollten, wurden erfasst. Ohne Ausweis gab es kein Durchkommen. Der braune »Bayerntag« geriet so allerdings zu einer weitgehend »geschlossenen Veranstaltung«.

Angemerkt werden muss aber auch: Während demonstrierende »Zaungäste« vor dem Gelände von der Polizei darauf hingewiesen wurden, dass es verboten sei, Bilder von Einzelpersonen zu machen, konnten NPD-Leute aus dem Grundstück heraus munter ihre Gegner fotografieren und filmen, ohne dass jemand einschritt.

Dennoch waren die Protestaktionen ein Erfolg und ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Noch sind in Straubing vielerorts faschistische Aufkleber zu sehen. Die Stadt wird einiges zu tun haben um sie zu entfernen. Demokraten sollten sie darauf hinweisen und sie dabei unterstützen.

Werner Rauch

Wir gratulieren …

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Juli:
Oskar Belohlawek, Penzberg, 88 Jahre; Milena Finus, Herrsching, 65 Jahre.

August:
Hilde Faul-Gerber, Nürnberg, 94 Jahre; Erich Schreier, Röthenbach, 80 Jahre; Elisabeth Scheringer, Kösching, 75 Jahre; Hans Schmid, Bad Endorf, 75 Jahre; Friedrich Köllmayr, Erding, 65 Jahre; Manfred Maier, Würzburg, 65 Jahre; Wolf Brand, Beilngries, 60 Jahre; Georg Steinbichler, Geretsried, 60 Jahre.

Weiße Rosen gegen braune Hetzer

Bewohner von Blankenese zeigen Nazis deutliche Ablehnung

Es war am letzten Sonnabend im April. Die NPD ist vormittags mit einem Infostand am Marktplatz in Hamburg-Blankenese präsent. Bei Passanten und Marktbesuchern wird das Auftreten der NPD mit Ablehnung und laut geäußertem Unmut registriert.

Wir stehen drei, vier Meter vom Infotisch entfernt und verteilen Aufkleber der VVN-BdA, die das Verbot der NPD fordern. Einer der Polizeibeamten, anscheinend zum Schutz der NPD anwesend, will von uns eine Genehmigung sehen und droht mit Platzverbot. Wir lassen uns nicht einschüchtern, verweisen auf unsere demokratischen Rechte, schließlich biete ich dem Beamten an, mich zu verhaften oder mich wegzutragen.

Etwas später kommt eine Gruppe junger Antifaschisten an, die mit Sprechchor gegen die Nazis aufmerksam machen. Die Folge ist: Platzverweis auf die andere Straßenseite, etwa 200 Meter weiter.

Weithin hörbare Sprechchöre

Mittlerweile fahren immer mehr Polizeiwagen auf, ich unterstütze durch meine Anwesenheit die Antifagruppe, die ihre Demo angemeldet hat, umringt von inzwischen zahlreichen Polizisten .Die Sprechchöre der Antifagruppe sind bis zum Marktplatz zu hören, aus einem Geschäft werden wir mit Kaffee versorgt.

Vorübergehende zeigen ihr Einverständnis durch Geldspenden an die jungen Antifaschisten. Am NPD-Stand und am Markt protestieren viele Bürger gegen die NPD, die Infos werden nicht angenommen, eine Passantin hat einen Riesenstrauß weißer Rosen gekauft und verteilt sie als Zeichen des Widerstandes.

Die Nazis räumen schließlich ihren Infostand ab und wir sind zufrieden und freuen uns darüber, dass die Blankeneser so deutlich ihre Ablehnung zum Ausdruck gebracht haben. **Antje K.**

Gedenken auch an Bernhard Bästlein und Franz Jacob

»Stolpersteine für den Arbeiterwiderstand«

Die aus Hamburg stammenden kommunistischen Politiker und Widerstandskämpfer Franz Jacob und Bernhard Bästlein werden derzeit in Berlin gemeinsam mit anderen NS-Opfern mit einer Ausstellung geehrt. Die Ausstellung entstand im Rahmen der von der VVN-BdA unterstützten Berliner Initiative „Stolpersteine für den Arbeiterwiderstand“.

Bernhard Bästlein (1894-1944) kam aus einer Hamburger sozialdemokratischen Arbeiterfamilie. Er wurde Redakteur kommunistischer Zeitungen, Abgeordneter des Preußischen Landtages und des Reichstages. Von den Nazis von 1933 bis 1940 inhaftiert, fand er im April 1940 in Hamburg Arbeit als Feinmechaniker und baute mit Oskar Reincke, Franz Jacob und Robert Abshagen eine Widerstandsorganisation in Hamburger Betrieben mit 50 Betriebsgruppen auf. Oktober 1942 wieder verhaftet, gelang ihm im Januar 1944 die Flucht nach einem Bombenangriff auf das Zuchthaus Berlin-Plötzensee. Er fand Anschluss an die Widerstandsgruppe, die Franz Jacob und Anton Saefkow inzwischen in Berlin aufgebaut hatten. Am 30. Mai 1944 erneut verhaftet und am 18. September 1944 in Brandenburg-Görden hingerichtet.

Franz Jacob (1906-1944) war Maschinenschlosser und Sozialdemokrat, trat aber 1925 der KPD bei. Er war Mitglied der Bürgerschaft, inhaftiert von 1933 bis 1940. Er wurde leitendes Mitglied der Widerstandsgruppe um Bästlein/Reincke/Abshagen. Als im Oktober 1942 in Hamburg eine Verhaftungswelle begann, tauchte Jacob in Berlin unter und baute 1942-44 mit Anton Saefkow eine neue Widerstandsorganisation auf. Anfang Juli 1944 wurde er verhaftet und am 18. September hingerichtet.

Redaktion: Cornelia Kerth
Zuschriften bitte an die
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 314254
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Schriftsteller und Widerstandskämpfer starb vor 40 Jahren

Erinnerung an Günther Weisenborn

Der Schriftsteller und antifaschistische Widerstandskämpfer Günther Weisenborn wurde am 10. Juli 1902 in Velbert (Rheinland) geboren und er starb vor 40 Jahren, am 26. März 1969.

Seinen Lebensabend hatte er in Hamburg und Berlin verbracht. Er war der VVN-BdA eng verbunden. Er gehörte dem Widerstandskreis um Harro Schulze-Boysen an, war von 1940 bis 1945 inhaftiert. Das gegen ihn verhängte Todesurteil wurde nicht vollstreckt. Das gemeinsam mit Greta Kuckhoff (KPD) und Adolf Grimme (SPD) angestrengte Verfahren gegen den Kriegsverbrecher und Chefankläger der Roten Kapelle, Manfred Roeder, wegen Aussageerpressung wurde 1951 von der Nachkriegsjustiz niedergeschlagen. 1953 veröffentlichte Weisenborn »Der lautlose Aufstand«, die erste Gesamtdarstellung über den deutschen Widerstand.

Freund der VVN – gegen ihr Verbot

In Hamburg, wo er als Dramaturg wirkte, unterstützte er die »Geschwister-Scholl-Jugend« – ein antifaschistischer Jugendzusammenschluss. Er stellte sich auch vor die VVN: »Es ist selbstverständlich, das ich mich gegen ein Verbot der VVN wende. Die VVN ist die größte Organisation der Widerstandskämpfer und darf nicht verboten werden, allein schon wegen ihres hohen Ansehens in Europa.«

Neben diesem demokratischen Kampf – in dem Weisenborn später noch in den Aktionen gegen die von der Bundesregierung angestrebten Notstandsgesetzgebung aktiv war – galt sein besonderes Augenmerk dem Kampf gegen den Atomtod, gegen die Atomrüstung. Studenten der 1968er standen ihm besonders nahe. So jene, der sich als Student der »Freien Universität« am 2. Juni 1967 an der Anti-Schah-Demonstration in Berlin-West beteiligt hatten und dort von der Polizei brutal niedergeknüppelt wurden.

Für eine linke Einheit

Weisenborn forderte die Jugend auf, gegen die herrschenden gesellschaftlichen Zustände aktiv zu werden. »Junge Menschen neigen zur Opposition. Unzufrieden wollten sie ihr Wählerkreuz für eine gesunde Opposition ausfüllen. Aber sie fanden keine. Sie fanden eine zynische Umwelt mit Repräsentationen, Traditionsverbänden, Landsmannschaften, eine korrupte, prunksüchtige Umwelt mit einer Sex-Industrie zu hohen Preisen, US-Kitsch- und Mord-Filmen, dazu einen sterilen Obrigkeitsstaat mit alten Tabus und mit leerem Wiedervereinigungsgeschwätz, das wie zu Gebetsmühlen automatisch und seelenlos weiterlief.«

Weisenborn setzte sich vehement für eine demokratische Aktion ein, in der die Zersplitterung der Linken überwunden wird.

Manfred Demmer

Feste – Filme – Veranstaltungen: Hamburger VVN-Termine im Sommer

Sonntag, 19. Juli
Grillfest im Vorgarten des VVN-BdA-Büros
Mit Lamm und Huhn, Salaten und Kuchen, Kaffee und Sekt und Musik und guter Laune. Alle Mitglieder, Freundinnen und Freunde sind herzlich eingeladen.
15 bis 18 Uhr, Hein-Hoyer-Str. 41. Anmeldung im Landesbüro (Tel: 31 42 54) erbeten bis zum 15. Juli.

Montag, 20. Juli
Einweihung des neuen Gedenksteins vor dem Ortsamt Billstedt
In Billstedt kann es jetzt wieder Jeder lesen: »Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt wird blind für die Gegenwart. Zum Gedenken an die ermordeten Widerstandskämpfer aus Billstedt – Horn – Hammerbrook.«
Die im letzten Jahr gestohlene Bronzeplatte ist jetzt durch eine neue aus Marmor ersetzt worden. Wir laden recht herzlich ein, gemeinsam mit uns diese Platte einzuweihen.
Es sprechen Reinhard Krogmann, Regionalbeauftragter Ortsamt Billstedt, und Cornelia Kerth, Bundessprecherin der VVN-BdA.
17 Uhr

Samstag, 1. August
Erinnerung an den Altonaer Blutsonntag und die ersten Todesopfer der NS-Justiz
Das genaue Programm ist ab Mitte Juli bei der KV Altona und im Landesbüro zu erfragen.
Gedenkstätte für August Lütgens, Walter Möller, Bruno Tesch und Karl Wolf, hinter dem Amtsgericht Altona, 14 Uhr.

8. August 2009
Sommerfest in Heideruh
Auch in diesem Jahr lädt uns das Ferienheim Heideruh zu seinem Sommerfest ein. Es wartet wie immer ein buntes Programm auf uns, und natürlich ein reichhaltiges Kuchenbuffet sowie am Abend schmackhaftes vom Grill mit vielen Beilagen. Und ob es in diesem Jahr auch wieder einen Überraschungsgast gibt? 6 Euro für Kaffee und Kuchen, und Grillbuffet: 12 Euro.
Abfahrt: 13 Uhr, Shell-Tankstelle, gegenüber Bf. Dammtor Hamburg, 13.15 Uhr ab Helmsmuseum, Knoopstraße, Harburg, Rückfahrt ab Heideruh: ungefähr 21 Uhr. Anmeldung im Büro (Tel: 31 42 54) bis zum 4. August.

Samstag, 15. August
Prof. Schmiedebach spricht zum Thema »Euthanasie«
Werkstatt 3, 19 Uhr

Sonntag 16. August
Gedenkfeier für die Opfer der »Euthanasie«
Ohlsdorfer Friedhof ,Geschwister-Scholl-Ehrenfeld (Nähe Kapelle 13), 15 Uhr

Sonntag, 30. August
25. August 1944: Paris libre! Paris befreit!
Der Chor Hamburger GewerkschafterInnen führt mit einem Themenrepertoire durch den Abend.
Wir zeigen den Film „Frankreichs fremde Patrioten", der fünf deutsche Resistance-KämpferInnen portraitiert. Einer von ihnen ist Peter Gingold.
Rolf Becker (angefragt) liest aus Peters Biographie, seine Tochter Alice spricht über ihr Leben mit ihren Eltern Peter und Etti. Eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Kino Metropolis und dem Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik
19 Uhr

Samstag, 12. September

Ein Infotisch in der Hamburger Innenstadt zur Kampagne NPD-Verbot jetzt! und für die Forderung »Keine Nazis in die Parlamente!«
Wer noch mitmachen will, melde sich bei Cornelia Kerth, Tel. 98 76 15 01; bei entsprechender Nachfrage sind weiter Infotische möglich – das wäre toll!

Sonntag, 13. September
»Menschen, wir hatten Euch lieb.«
Blumen für unsere Toten zum Internationalen Gedenktag für die Opfer von Faschismus und Krieg.
Es spricht Ilse Jacob. Musik: Rotdorn (angefragt).
Friedhof Ohlsdorf, Ehrenhain Hamburger Widerstandskämpfer, 11 Uhr

Sonntag, 13. September
Antifaschistische Filmreihe »Grenzstraße«
Polen 1947, Regie Alexander Ford (45 min.)
Zum 70. Jahrestag des Überfalls auf Polen am 1. September 1939.
Kino Metropolis, 17 Uhr

Sonntag, 20. September
Exkursion in das ehemalige KZ Bergen-Belsen
Die Kreisvereinigung Harburg der VVN-BdA veranstaltet eine Bus-Exkursion nach Bergen-Belsen.
Treffpunkt ist um 10.30 Uhr am Hamburger ZOB und um 11 Uhr in der Harburger Knoopstraße vor dem Helms-Museum. Die Führung beginnt um 14 Uhr.
Kosten: 20 Euro, für Arbeitslose, SchülerInnen und Auszubildende: 10 Euro.
Anmeldung bis zum 10. September (mit Namen und Adresse) bei der VVN-BdA Hamburg, Tel. (040) 31 42 54,
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de.

Lesben und Schwule im Mittelpunkt

Erst die 1968er-Bewegung erkämpfte Verbesserungen

Die Initiative »Gedenken in Harburg«, der auch Mitglieder der Harburger VVN-BdA angehören, veranstaltet im Herbst jedes Jahres Ausstellungen, Filme und Diskussionsabende über eine bestimmte Opfergruppe des deutschen Faschismus. In diesem Jahr sollen im November die Lesben und Schwulen im Mittelpunkt stehen.

Kernstück ist eine Ausstellung »Homosexuellenverfolgung in Hamburg«, die erstmalig im vorigen Jahr in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme gezeigt wurde. Im Mai dieses Jahres war sie im Hamburger Rathaus zu sehen.

Der § 175 des Strafgesetzbuchs gegen Schwule wurde 1935 von den Nazis erheblich verschärft. Bisher war »widernatürliche Unzucht« strafbar, was im Juristendeutsch als »beischlafähnliche Handlungen« interpretiert wurde. Seit 1935 wurden alle sexuellen Handlungen unter Männern kriminalisiert, nicht einmal körperliche Berührung war erlaubt. Viele Schwule wurden erpresst, denunziert, wanderten in die Zuchthäuser und Konzentrationslager. Hamburg war ein Schwerpunkt der Verfolgung in der Nazizeit. Das Jahr 1945 war für die Schwulen nicht das Jahr der Befreiung. Der von den Nazis verschärfte § 175 existierte bis 1969 in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik weiter. Die Ausstellung zeigt auch, dass selbst die schwulenfeindlichsten Richter und Staatsanwälte nach 1945 in Hamburg mühelos Karriere machten. Leider hatten auch linke Politiker wenig Verständnis für Schwule. Der kommunistische Senator Friedrich Dettmann begründete sinngemäß mit dem »gesunden Volksempfinden«, dass er der Bitte eines verfolgten Schwulen um eine Stelle im Öffentlichen Dienst nicht entsprechen konnte. August Bebel war im Reichstag gegen den § 175 aufgetreten. SPD und KPD hatten sich in der Weimarer Republik gemeinsam für die Abschaffung des § 175 stark gemacht. Diese Tradition linker Sexualpolitik war 1945 weitgehend verschüttet und konnte erst in den 68er-Jahren neu belebt werden.

Für Lesben gab es keinen Paragrafen im Strafgesetzbuch. Das war aber kein Zeichen von Toleranz, im Gegenteil. Im Bismarck-Reich, wo das Sexualstrafrecht ent-

(Fortsetzung auf Seite 7)

Mahnmal am Maschsee

Ein Projekt wird entwickelt

Mehrmals geschändet und verfremdet war das Mahnmal am Maschsee-Nordufer über viele Jahre ein Fremdkörper in der Stadtlandschaft Hannovers. Erst die Übernahme der Patenschaft durch die IG Metall und die Durchführung von regelmäßigen Feierstunden am 8. Mai, dem Tag der Befreiung, verschafften diesem Ort schrittweise einen angemessenen Platz im öffentlichen Bewusstsein.



Abrahm Eifman bei seiner Ansprache, Elena Eirich als Übersetzerin.

Einen wesentlichen Beitrag dazu leisteten die systematischen Forschungsarbeiten des Stadtarchivs Hannover (vgl. Hannoversche Geschichtsblätter 59/2005) zu den Verbrechen der Gestapo in den letzten Kriegstagen auf dem Seelhorster Friedhof, deren Opfer unter alliierter Aufsicht später am Maschsee beigesetzt worden waren.

Einen neuen Stellenwert erhielt das Mahnmal durch das Engagement der Heinrich-Heine-Schule, deren Geschichts-AG im 10. Jahrgang sich schon im letzten Jahr intensiv mit der Örtlichkeit beschäftigt und an der Gestaltung der Gedenkstunde mitgewirkt hatte (*antifa* berichtete).

Ging es im letzten Jahr darum, das Gräberfeld zu vermessen und in der Feierstunde durch weiße Rosen kenntlich zu machen, so wurden in diesem Jahr Gedanken zum Schicksal der Ermordeten auf Karten geschrieben und an einen Kirschbaum gehängt, der neben dem Mahnmal gepflanzt worden war. An der Aktion beteiligten sich auch Schüler/innen des St. Ursula-Gymnasiums und einer Schule aus der russischen Stadt Saransk, die für einige Tage in Hannover zu Gast waren. Bei der Gedenkstunde wurden einige dieser Karten verlesen. Die Verbindung zu der russischen Schule stellte erneut das russische Repräsentanz-Büro Volga Int her. Höhepunkt der Gedenkstunde in diesem Jahr war die Ansprache des Veteranen der Roten Armee, Herrn Abram Eifman. Er schilderte in knappen aber eindringlichen Worten seine Kriegserlebnisse und verband dies mit der Warnung vor den aktuellen Gefahren des Neofaschismus.

Durch intensive Forschungsarbeit ist es der Historikerin Janet Anschütz vom Verein »Gegen das Vergessen – NS-Zwangsarbeit« inzwischen gelungen, 99 Namen von Opfern der Mordaktionen zu ermitteln. Schülerinnen und Schüler der Heinrich-Heine-Schule wollen sich mit diesen Biographien beschäftigen.

Nach wie vor sind die Gräberfelder nur durch Steinkreuze in Gestalt eines »Eisernen Kreuzes« markiert. Mit Unterstützung des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und der Stadt Hannover soll der Friedhof nun so umgestaltet werden, dass die einzelnen Gräber wieder kenntlich gemacht werden. An der Planung und Umsetzung will sich auch die Heinrich-Heine-Schule beteiligen. **rwk**



Schülerinnen und Schüler verlesen ihre Gedenkkarten. Bilder: rwk

HAMBURG



(Fortsetzung von Seite 6)

stand, hatten Frauen nach allgemeiner Anschauung keine eigenen sexuellen Bedürfnisse. Von den Nazis wurden Lesben dennoch verfolgt. Ihre Lebensweise galt als »asozial«. Mädchen kamen in Fürsorgeheime und »Besserungsanstalten«, Frauen in Gefängnisse und in Konzentrationslager, wo ihnen meist der schwarze Winkel der »Asozialen« verpasst wurde.

Zur Hamburger Ausstellung wird ein »Harburger Fenster« erarbeitet. Es gab 1935 in Harburg einen Prozess gegen acht Schwule. Die Verschärfung des § 175 war bereits beschlossen, aber zum Zeitpunkt des Prozesses noch nicht in Kraft. Die Angeklagten hatten sich allesamt nicht strafbar gemacht. Dennoch urteilte der Richter in vorauseilendem Gehorsam nach der verschärften Form.

Hans-Joachim Meyer

Peine am 8. Mai

Gedenkfeier im Herzberg

Auch 2009 richtete die Peiner VVN-BdA die Gedenkfeier zum 8. Mai unter dem Motto »Jahrestag der Befreiung Europas von Faschismus und Krieg« im Peiner Herzberg aus.

Redner war der Landtagsabgeordnete der SPD, Matthias Möhle. Es mache ihn noch heute traurig und wütend, mit welch rassistischen und menschenverachtenden Parolen Hitler an die Macht gekommen sei, führte er aus. Er erwähnte die »Ewig-Gestrigen«, die aus der Vergangenheit nichts gelernt haben und denen die Menschenwürde nichts bedeutet. Aber schlimmer als die sichtbaren Neonazis sind die Hintermänner. Er forderte die Anwesenden auf, sich gegen das braune Gedankengut einzumischen: »Streiten Sie mit!«

Zuvor hatte der Kreisvorsitzende der VVN-BdA Peine, Peter Baumeister, auf die Bedeutung dieses Tages für die Insassen der Gefängnisse und KZs hingewiesen. Er erinnerte an die Verlegung der nunmehr 38 Stolpersteine in Peine und die Auseinandersetzungen um den »Thor-Steinar-Laden« in der Fußgängerzone. Er begrüßte es, dass fünf sozialdemokratische Innenminister eine 92-seitige Dokumentation über die NPD aus frei zugänglichen Quellen veröffentlicht haben und ein Verbot dieser Partei fordern. Im Vorwort heißt es, die NPD »stellt die Werte einer offenen Gesellschaft in Frage, hetzt gegen Andersdenkende und Ausländer, verleugnet die Verbrechen der NS-Diktatur und schürt antisemitisches Gedankengut«. Baumeister beklagte, dass solche Thesen auch durch die öffentliche Hand finanziert werden.

Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung vom Gewerkschaftssekretär Horst Redemann. Zum Schluss stimmte er das »Moorsoldatenlied« an und die Anwesenden sangen mit.

Peter Baumeister

NIEDERSACHSEN

VVN Braunschweig:

Delegation besucht Dieppe

Auch in diesem Jahr besuchten wir mit einer vierköpfigen Delegation vom 7. bis 10. Mai die Stadt Dieppe in der Normandie, um in guter Tradition mit den Kameradinnen und Kameraden von FNDRIP und ANACR, den beiden französischen Verfolgten- und Widerstandsorganisationen, den 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg zu feiern. Neu war diesmal, dass bei den zahlreichen Gesprächen, die wir mit den Kameradinnen und Kameraden führten, neben Neofaschismus und Rassismus auch immer die Wirtschafts- und Finanzkrise und ihre Auswirkungen Thema war, sind diese doch in der Region viel stärker zu spüren als z.B. bei uns.

Anlässlich des Gedenkens an die in Rieseberg bei Helmstedt am 4. Juli 1933 ermordeten 11 Gewerkschafter erwarten wir den Gegenbesuch unserer Kameradinnen und Kameraden aus Dieppe vom 3.-7. Juli, das Programm ist in Vorbereitung.

Stefan Hölzer

Fahrt zu den KZ Gedenkstätten DIZ Papenburg, Esterwegen und Börgermoor

Ganztägig, am Samstag, den 8. August 2009

Abfahrtszeiten:
Hannover, 7 Uhr, Lahe (Ecke Rendsburger/Kirchhorster Str.);
Peine, 7.20 Uhr, Autohof;
Braunschweig, 7.40 Uhr, Parkplatz A2 Watenbüttel;
Celle, 8.15 Uhr, Parkplatz Hallenbad

Rückkehr in Celle gegen 19 Uhr, in Braunschweig gegen 20.30 Uhr.

Notfalltelefon: (0170) 3260618

Kosten: 12,40 Euro mit bzw. 21,50 Euro ohne Zuschuss der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten (ist beantragt).

Anmeldung:
Celle: Klaus Meier, Tel. (05141) 46822, Mobil (0170) 3260618.
Hannover: VVN- BdA Büro Hannover, Tel. (0511) 331136.
Peine: Peter Baumeister, Tel. (05171) 82618.
Wolfsburg: Mechthild Hartung, Tel. (05361) 76263.

Die Anmeldung wird gültig, wenn der Beitrag von 12,40 Euro bis 9. Juli auf folgendem Konto eingegangen ist: K. Meier, Sparkasse Hannover (BLZ 250 501 80), Konto: 19 448 406, Stichwort: Gedenkstättenfahrt.

Artikel und Fotos für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

Lesung aus Tagebuch

Anne Franks 80. Geburtstag

Organisiert von der Gedenkstätte Bergen-Belsen und der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten haben Schülerinnen und Schüler am 12. Juni in einer Dauerlesung das Tagesbuch der Anne Frank vorgelesen. Die Gedenkveranstaltung war dem 80. Geburtstag des Mädchens gewidmet, das dort im März 1945 an Typhus verstarb. In ihrem Amsterdamer Versteck hatte Anne Frank ihr ergreifendes Tagebuch verfasst, das in den 1950er-Jahren veröffentlicht wurde.

Die jungen Vorleser/innen kamen unter anderem aus den Niederlanden, aus Beilen bei Westerbork. Dorthin war die 15-jährige Anne Frank nach ihrer Verhaftung zusammen mit ihrer Familie verschleppt worden.

Die Tagesschau berichtete am Mittag des 12. Juni, noch zu sehen unter www.tagesschau.de. Noch bis zum 19. Juli ist in der Gedenkstätte auch die Sonderausstellung »Anne Frank. Ein Mädchen aus Deutschland« zu sehen.

HESSEN

»Nazis find ich doof!«

Erfolgreiche Schülerkonferenz in Kassel

»Nazis find ich doof!« Unter diesem eindeutigen Titel lud der Kasseler Stadtschülerrat Ende Juni 2009 zu einer Diskussions- und Informationsveranstaltung gegen Rechts ein. Mitveranstalter und Kooperationspartner waren die Junge GEW, das Kasseler Friedensforum und die VVN-Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Kassel.

Auf einer eigenen Homepage www.ssr-gegen-rechts.de wurde die Veranstaltung Jugend gemäß angekündigt, auf SchülerVZ verabredeten sich junge Leute für diese Veranstaltung. Den Schülerinnen und Schülern ging es auf der Veranstaltung nicht um allgemeine Statements, sondern um ganz praktische Fragen: Ist ein NPD-Verbot sinnvoll? Gibt es Mode, Codes und Strategien von Nazis, mit denen sie junge Leute ansprechen? Wie kann man effektiv Widerstand leisten?

Zu diesen Themen hatten sie Experten aus antifaschistischen Organisationen und Fachleute zu einzelnen Themen eingeladen, die in Workshops über Dinge wie die NPD-Schulhof-CD, neofaschistische Angriffe und Gegenstrategien oder Möglichkeiten, die geschichtliche Erinnerung an Widerstand und Verfolgung in die Gegenwart zu holen, mit den Teilnehmenden ins Gespräch kommen sollten.

Debatte über Nachwirkung der »Bösen Onkelz«

Ein lebhaftes Gespräch entwickelte sich zur neofaschistischen Musikszene. An Musik-Beispielen der NPD-Schulhof-CD wurden ideologische Zugänge und Wirkungen von Gruppen wie »Nordwind«, »Sleipnir« oder auch der Nazi-Folklore einer Annett Müller thematisiert. Debattiert wurde über die Langzeitwirkung der Band »Böse Onkelz«, die als offen faschistische Gruppe gestartet nun mit unverfänglichen Texten und Songs ihre Fan-Clubs anspricht. Dabei wurde deutlich, dass neofaschistische Einflüsse – teilweise vermittelt – in verschiedenen Facetten der heutigen Jugendmusikszene erkennbar sind.

Auch die Materialien der nonpd-Kampagne stießen auf Interesse. Man war sich einig, dass die NPD keinen Raum in der demokratischen Öffentlichkeit haben dürfe. Jedoch gab es bezogen auf die Verbotsforderung bei einigen jungen Leuten durchaus offene Fragen. Wird damit nicht die Organisation in den »Untergrund getrieben«?

Nazis leben von Steuern

Überraschung löste bei einigen der Hinweis aus, dass die NPD zum größten Teil von Steuergeldern lebt und damit beispielsweise auch die Verbreitung der Schulhof-CD finanzieren kann. Solche Gelder würden durch ein NPD-Verbot unmittelbar wegfallen.

Zum Abschluss verabredeten Organisatoren und Interessenten, weiterhin engen Kontakt zu halten und nach der Sommerpause die inhaltliche Debatte fortzusetzen.

Bernd Kant

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

»Wir schenken Ihnen das Grundgesetz!«

Aktion der VVN Frankfurt

Am 23. Mai 2009, dem 60. Jahrestag des Grundgesetzes, wollte die VVN-BdA Frankfurt/M. den offiziellen Gedenkreden keine weitere hinzufügen. Wir hatten eine bessere Idee – und die kam hervorragend an: Wir schenkten den Bürgern das Grundgesetz, das heißt den Bürgern, die am 23. Mai an der historischen Paulskirche/Ecke Braubachstrasse vorüberflanierten.

Wer wollte, erhielt ein kostenloses Exemplar unserer Verfassung. Viele Menschen gingen darauf ein, stellten Fragen, offenbarten am Info-Tisch ihre Kenntnisse oder Unkenntnis. Manche zeigten uns auch die kalte Schulter, sie nahmen kein Exemplar entgegen, trauten offenbar dem Geschenk nicht.

Höchst erfreulich aber das Interesse vieler Passanten, aufschlussreich das Erstaunen vieler, wenn sie im Gespräch auf bestimmte Artikel des Grundgesetzes hingewiesen wurden. Dass schon im Grundgesetz geschrieben steht, Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit sind zulässig, wurde angesichts der aktuellen Krisen als hochinteressant, aber weitgehend unbekannt kommentiert. Das galt erst recht für die ebenso wenig bekannte Tatsache, dass eine Partei wie die NPD nach Artikel 9,2 faktisch verboten ist, denn da heißt es wörtlich: »Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwider laufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.« »Warum geschieht dann nichts?« wurde gefragt.



Sie verschenkten das Grundgesetz: K. Kandan Nemati, Rolf Heinemann und Mike Yu (v.l.).
Bild: P.A.

Fazit: Man sollte das Grundgesetz nicht nur an runden Jahrestagen zur Kenntnis nehmen. Lest das Grundgesetzt!

P. A.

Bundesweite Pressekampagne

Hat die Kasseler Friedensbewegung ein Antisemitismus-Problem?

Mit großer Medienresonanz in der Frankfurter Rundschau und der Lokalzeitung HNA trat im Juni 2009 ein »Bündnis gegen Antisemitismus« (BgA) in Kassel an. Man sehe in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft – selbst in der Friedensbewegung – offene und latente Formen von Antisemitismus, die bekämpft werden müssten.

Das Bündnis ist – eigenen Angaben zufolge – ein Zusammenschluss von 20 Personen, die jedoch nicht politische oder gesellschaftliche Gruppen vertreten und damit integrieren. Man kann festhalten, dass BgA ist ein Bündnis mit sich selber.

Der Name nimmt jedoch bewusst Bezug auf das seit vielen Jahren in Kassel erfolgreich arbeitende »Bündnis gegen Rechts«, das getragen wird von DGB, Kasseler Friedensforum, der VVN-BdA und zahlreichen anderen Organisationen, die sich dort in der antifaschistischen Arbeit koordinieren. Und bezeichnenderweise sind einige dieser Organisationen genau die »Kritikfolie«, aus der das BgA seine Existenznotwendigkeit ableitet. Die Israel kritische Haltung des Kasseler Friedensforum sei zu bekämpfen. Wie dies geschehen soll, machten Anhänger des BgA in diesem Jahr deutlich.

Provokationen des BgA wurden unterbunden

Im Januar 2009 fand in Kassel eine große Demonstration der Friedensbewegung (2500 Teilnehmende) gegen den Überfall auf Gaza statt, zu der auch die VVN-BdA aufgerufen hatte. Dort kamen das Friedensforum, die katholische Kirche, israelische Stimmen gegen den Krieg und demokratische Palästinenser zu Wort. Zehn Mitglieder des BgA platzierten sich unmittelbar an der Demonstrationsroute mit einem Informationsstand »Solidarität mit Israel« und schwenkten Israel-Fähnchen. Eine hierdurch provozierte kleine Rangelei am Rande, die von den Demonstrationsordnern gemeinsam mit der Polizei unterbunden wurde, nahm das BgA zum Anlass, in einer bundesweiten Pressekampagne von antisemitischen Ausschreitungen in Kassel zu sprechen. Ähnliche Bilder hoffte man am traditionellen Kasseler Ostermarsch provozieren zu können. Neben einem provokativen Auftritt am Mahnmal für die Opfer der Deportation »Die Rampe« fielen die BgA-Anhänger durch das Schwenken von Israel- und einer US-Fahne auf der Abschlusskundgebung auf. Dumm nur, dass sich kein Teilnehmer des Ostermarsches hiervon provozieren ließ.

Auf einer Buchpräsentation zum Thema Zionismus wurden Grundpositionen des BgA erkennbar. Der Autor Harri Grünberg formulierte eine sehr differenzierte Position zur Geschichte des Zionismus und zur gegenwärtigen israelischen Politik. Dies führte zur BgA-Antwort, man könne Israel doch nicht kritisieren, da es in diesem Land keine rassistischen Ausgrenzungen gäbe und alle Konflikte »zivilgesellschaftlich« gelöst würden. Grünbergs kritische Analyse, dass der innenpolitische Zusammenhalt der israelischen Gesellschaft nur über den »äußeren Feind« gewährleistet werden könne und damit der Krieg gegen Libanon, Syrien und die militanten Teile der Palästinenser nicht nur der Sicherung des Existenzrechts des Staates diene, wurde als latent antisemitisch denunziert. Zustimmung bei den Zuhörern fand dies jedoch nicht.

Die Zurückweisung aller Formen von Antisemitismus als Form des Rassismus ist weiterhin gefordert. VVN-BdA und das Kasseler Friedensforum haben bei verschiedenen Gelegenheiten ihre klare politische Position dazu unter Beweis gestellt. Die Instrumentalisierung des »Antisemitismus«-Vorwurfs für die Durchsetzung eigener politischer Ziele, wird auch zukünftig in Kassel keine Plattform finden.

Bernd Kant

Engagement mit langer Tradition

Die »nordhessische.de« schreibt über die VVN Kassel

Obwohl die Generation der Widerstandskämpfer mittlerweile fast verschwunden ist, betont der Sprecher der Kreisvereinigung der VVN, Dr. Ulrich Schneider, dass es auch heute noch eine aktive Gruppe von Mitgliedern in Nordhessen gibt, die eine kontinuierliche Arbeit der VVN ermöglichen.

Die Erinnerung an den antifaschistischen Widerstand zu wahren sei ein Schwerpunkt der Arbeit der VVN. Darüber hinaus engagiere sich die VVN gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Krieg und Antisemitismus. Viele VVN-Mitglieder seien gewerkschaftlich und in der Friedensbewegung engagiert.

Etwas schwierig gestalte sich manchmal das Verhältnis zur jüdischen Gemeinde. Der in Kassel zur festen Institution etablierte »Antifaschistische Stadtrundgang« erinnert an die verschiedenen Orte nationalsozialistischer Verfolgung. Die VVN präsentierte ihre Ausstellung Neofaschismus in Deutschland; 2007 zusammen mit der IG-Metall-Jugend im VW-Werk. Im Rahmen der diesjährigen Veranstaltung Kick-Rechts-Weg; soll diese Ausstellung in überarbeiteter Form erneut präsentiert werden. Ein Schwerpunkt des aktuellen Engagements der VVN ist die Kampagne »nonpd«. Die VVN sieht in der Forderung, die NPD zu verbieten, vor allem die Möglichkeit der Unterbindung der umfangreichen staatlichen Alimentierung nationalsozialistischer und faschistischer Umtriebe.

Rechtsextremismus in Nordhessen

Zur aktuellen Lage in Nordhessen befragt meinte Dr. Schneider, dass der in Parteien organisierte Rechtsextremismus in der Region sehr schwach sei. Problematischer sei das Engagement der so genannten »freien Kameradschaften«, die auch in Nordhessen auf zahlreiche Jugendliche – vor allem im Landkreis – zurückgreifen können. Aus ihrem Umfeld fand im letzten Jahr der Überfall auf ein Zeltlager jugendlicher Linker statt.

Die Situation der rechtsextrem orientierten Fanvereinigungen »Ice-Boys« und der »KSV-Bombers« habe sich mittlerweile zum einen durch eine strikte Ausgrenzungspolitik der Huskies und durch das Anwachsen der Anzahl der (unpolitischen) Löwenfans entschärft. Der Kasseler Staatsschutz verfolge zudem aufmerksam die rechte Szene in Nordhessen. So ist kürzlich der Versuch, eine rechtsextreme Party zu organisieren, dank des frühen Eingreifens der Polizei verhindert worden.

Auch die Kasseler Kommunalpolitik weist laut Schneider eine lange und weitgehend positiv einzuschätzende Tradition, vor allem hinsichtlich der historischen Erinnerungsarbeit, auf. An vielen Orten in der Stadt erinnern Gedenktafeln und Mahnmale an die nationalsozialistische Terrorherrschaft, vielen bedeutenden Widerstandskämpfern sind Straßen und Plätze in Kassel gewidmet. Lediglich der Erinnerung und Würdigung des antifaschistischen Kampfes, den es auch in Kassel gegeben hat, wünscht sich Dr. Schneider mehr Aufmerksamkeit.

Viele Bürgerinnen und Bürger beteiligten sich

Frankfurt am Main erinnert an Anne Frank

80 Jahre alt wäre Anne Frank am 12. Juni 2009 geworden – Anlass für ihre Heimatstadt Frankfurt am Main, ihrer auf vielfältige Weise zu gedenken.

Am Haus ihrer Geburt und frühen Kindheit, am Marbachweg 307, wurde unter starker Beteiligung von Frankfurter Bürgerinnen und Bürgern von Kulturdezernent Semmelroth eine von Bernd Fischer gestaltete mannshohe gläserne Stele enthüllt. Auf ihr zu sehen sind damals noch glückliche Kinder – neben Anne die Schwester Margot und die Freundin Grace.

Ein Zitat aus dem später weltberühmten Tagebuch verweist auf das Schicksal Anne Franks, die nach Verfolgung, Flucht und dem Leben im holländischen Versteck 1945 im Konzentrationslager Bergen-Belsen Opfer des Naziterrors wurde.

Einige hundert Meter entfernt von der neuen Stele zeigt in der Dornbuschpassage eine Fotowand Stationen aus dem Leben Anne Franks. **P. A.**

Bild: O.A.



CDU-Kandidat biedert sich bei »Grauen Wölfen« an

Europawahl-Nachlese für Hessen

Hessen ist zukünftig nur noch mit sechs Abgeordneten in Brüssel vertreten. Verloren hat die CDU ihr drittes Mandat, da deren Verluste verbunden mit der gesunkenen Wahlbeteiligung eine andere Verteilung zwischen den Bundesländern erforderte.

Offenkundig hatte dies der CDU-Kandidat Yasar Bilgin aus Gießen, der auf Platz 4 der Landesliste kandidierte, geahnt, weshalb er rechtzeitig versuchte, neue Wählerschichten zu mobilisieren. Er finanzierte und unterzeichnete eine Todesanzeige für den im März 2009 verstorbenen Chef der türkischen »Grauen Wölfe«, Mushin Yazicioglu. Yazicioglu war Vorsitzender des legalen Arms dieser faschistischen Organisation, der »Partei der Großen Einheit« (BBP). Mit einer solchen Traueranzeige versuchte Bilgin ein offen faschistisches Wählerpotential – wenn es denn zur EU-Wahl wahlberechtigt war – für sich zu gewinnen. Diesen Vorwurf konnte Bilgin »überhaupt nicht verstehen«. Die Anzeige sei nur Ausdruck des »Respekts vor Verstorbenen«. Zudem sei Yazicioglu sein Patient gewesen, erklärte Bilgin auf Nachfrage der Presse.

Um die »Grauen Wölfe« bemüht sich übrigens auch die NPD. Der hessische Landesvorsitzende schob dazu auf »altermedia«-Forum eine lebhafte Debatte an. Sein Vorschlag, einen Schulterschluss mit den »türkischen Nationalisten«, wie er sie nannte, anzustreben, löste jedoch bei aller strategischen Orientierung übelste rassistische Kommentare aus, so dass wohl auch zukünftig kein Bündnis dieser faschistischen Fraktionen zu erwarten ist.

Bernd Kant

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 5970524.

Hitler kaputt! Ein Grund zum Feiern!

2000 Besucher kamen am 9.Mai 2009 in den Treptower Park

Wer nicht feiert, hat verloren! Etwa 2000 Besucherinnen und Besucher, fast doppelt so viele wie im vergangenen Jahr, waren unserer Einladung gefolgt. Wir feierten am 9. Mai im Treptower Park, in der Nähe des sowjetischen Ehrenmals den 64. Jahrestag des Sieges über den Faschismus. Gewidmet war unser fröhliches Volksfest den Befreiern Berlins, der Roten Armee.



Viele kamen zum großen Fest, um den 8. Mai 1945 zu feiern.
Bild: BG 8. Mai

Von 13 bis 22 Uhr sorgten neben Informations- und Bücherständen, gut besuchten Führungen zum Ehrenmal und einem Kinderprogramm für ein abwechslungsreiches Programm: Die Bolschewistische Kurkapelle mit revolutionärer Blasmusik, Bloody Kalinka, Cosmonautix mit »Balaleikapunk« und »Russenska« sowie das Trio Schon mit russischen Chansons für ein abwechslungsreiches Programm. Es wurde auch getanzt. Nicht zu vergessen die russisch-deutsche Küche mit Pelmeni, Schaschlik, Steaks und Bortscht.

Schon um 13 Uhr, also mehr als pünktlich, füllte sich der Platz an der Puschkinallee mit Besuchern, vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion. Schon zuvor hatten sie mit der ganzen Familie am sowjetischen Ehrenmal Blumen niedergelegt und kamen nun, um mit uns zu feiern. Vorwiegend Russisch war zunächst an Tischen und Ständen zu hören.

Den Startschuss gab der Internationale Chor Impuls aus Neukölln-Gropiusstadt, einem Berliner Stadtteil, wo mehrere Tausend Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion leben, mit einem Liedprogramm zum traditionellen Tag des Sieges. Und natürlich hatten die Sängerinnen und Sänger ihre Familien und Freunde mitgebracht, um nach ihrem Auftritt gemeinsam zu feiern, zu essen und mit den anderen Besuchern anzustoßen. Neben vielen Besuchern des Treptower Parks kamen zahlreiche interessierte Bürger, auch Veteranen, die auf Seiten der Alliierten gegen die Nazis gekämpft haben, wie z.B. Werner Knapp, der deutsche Emigrant und britische Soldat.

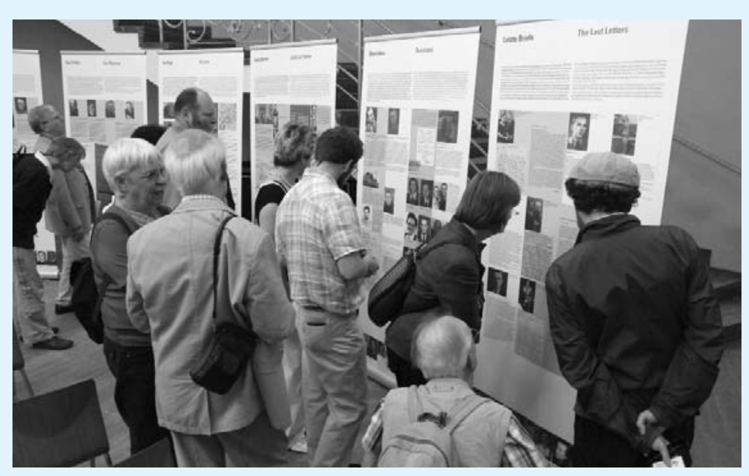
Der Ehrenpräsident der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR), Prof.Dr.Ilja Kremer aus Moskau, ergriff das Wort. 1922 geboren, hatte er als Rotarmist an der Befreiung Berlins teilgenommen. Er berichtete: »Als ich – wie viele andere Soldaten – meinen Namen an einer der Säulen im Reichstag hinterlassen wollte, war ich in Gedanken schon wieder zu Hause. Deshalb schrieb ich mit dem Bleistift, den ich aus einem zerstörten Schaufenster entnommen hatte, nicht meinen militärischen Rang, sondern: ‚Ilja Kremer, Universität Moskau'.“ Nach der Befreiung vom Faschismus, dachten die Rotarmisten und viele Menschen auf der ganzen Welt, nun sei endgültig Schluss mit den kriegerischen Auseinandersetzungen.

(Fortsetzung auf Seite 12)

»Weg mit Hitler – Schluß mit dem Krieg!«

Stark beachtete Ausstellung über den Arbeiterwiderstand

In Berlin ist seit dem 18. Juni 2009 eine Ausstellung der Berliner VVN-BdA zur Saefkow-Jacob-Bästlein-Widerstandsgruppe zu sehen. Mehr als 200 Angehörige und Interessierte nahmen an der Eröffnungsveranstaltung teil.



Andrang bei der Austellungseröffnung. Initiiert wurde sie von den Töchtern der Berliner Widerstandskämpfer. Bilder: Gabriele Senft

»Die Nazis haben den Krieg begonnen. Mit Hitler und Goebbels schließt keiner in der Welt Frieden. Sie müssen verschwinden, wenn Euer Schicksal sich wieder zum besseren wenden soll. Ihr alle müßt helfen, daß sie schneller verschwinden, und nicht noch in letzter Stunde neues, grausiges Unheil anrichten können.« Mit diesem Appell wandte sich das antifaschistische Netzwerk um die Kommunisten Anton Saefkow, Franz Jacob und Bernhard Bästlein im April/Mai 1944 in einem Flugblatt an die Berliner Arbeiterschaft. Kurze Zeit später schlugen die Nazis zu. Ein Verräter in den eigenen Reihen gab die entscheidenden Hinweise. Fast 300 Menschen fielen im

(Fortsetzung auf Seite 12)

BERLIN

»Weg mit Hitler – Schluß mit dem Krieg!«

(Fortsetzung von Seite 11)

Sommer 1944 der Gestapo in die Hände. Rund 100 von ihnen wurden hingerichtet oder starben während der Haft und in Konzentrationslagern.

Andere aber, die fliehen oder untertauchen konnten, setzten den Kampf fort. Ihre letzte große Aktion fand im April 1945 statt. »Die Rote-Armee, alles vor sich niederwerfend, klopft an die Tore Berlins. Die Naziverbrecher haben die Stadt zur Festung erklärt. Dieser verbrecherische Wahnsinn ist so groß, daß man es offiziell nicht zu sagen wagt. Die mit Flüchtlingen überfüllte Stadt zählt jetzt nahezu 5 Millionen Menschen. Diese Menschen sollen nun geopfert werden – nur deshalb – damit Hitler und seine Trabanten noch einige Tage länger leben können«, hieß es in einer Flugschrift der Gruppe, die unter akuter Lebensgefahr hergestellt und verteilt wurde.

Mehr als 500 Antifaschisten waren seit Ende 1942 zu der weitverzweigten Organisation gestoßen, die schließlich in über 70 Berliner Betrieben und in der Wehrmacht aktiv war - darunter Männer und Frauen, Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, Arbeiter, Angestellte, Soldaten und Künstler. Sie wollten Hitler stürzen und den Krieg beenden helfen.

Ihre Untergrundaktivitäten erregten schließlich auch die Aufmerksamkeit von Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Mit seiner Billigung trafen sich am 22. Juni 1944 die Sozialdemokraten Julius Leber und Adolf Reichwein mit den Kommunisten Anton Saefkow und Franz Jacob, um Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auszuloten – ein im Umfeld der Verschwörung des 20. Juli einzigartiger Vorgang. Doch dazu sollte es nicht mehr kommen. Ernst Rambow, ein Teilnehmer der konspirativen Zusammenkunft und, wie sich später herausstellte, ein langjähriger Gestapo-Spitzel, verriet die vier Männer. Sie wurden wenig später hingerichtet.

Mit dieser Exposition möchte die Berliner VVN-BdA den bisher eher unbekannten Widerstand aus der Arbeiterbewegung in seiner weltanschaulichen und politischen Vielfalt der Öffentlichkeit und insbesondere der jungen Generation zugänglich machen, betonte deren Vorsitzender Hans Coppi, wissenschaftlicher Berater der Ausstellung.

Die Ausstellung, konzipiert von Dr. Bärbel Schindler-Saefkow, Dr. Annette Neumann und Dr. Susanne Riveles, alle drei Töchter von Mitgliedern der Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe ist noch bis zum 23. Juli im Foyer der Kommode am Bebelplatz (Juristische Fakultät der Humboldt-Universität) zu sehen. Danach kann sie bei der Berliner VVN-BdA ausgeliehen werden. Am 21. Juli findet um 19 Uhr die Abschlussveranstaltung »Arbeiter gegen Hitler« im Senatssaal der Berliner Humboldtuniversität statt.

Carsten Hübner



Aufmerksame Besucher. Rechts: Eine Schreibmaschine der Illegalen.

Hitler kaputt!

(Fortsetzung von Seite 11)

Diese Hoffnung, betonte Ilja Kremer, habe sich nicht erfüllt. Damit die Menschheit überleben kann, müssten endlich zwischenstaatliche Konflikte friedlich ausgetragen werden. Von diesem Ziel seien wir aber auch 64 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs noch weit entfernt. Die NATO-Osterweiterung erfülle ihn mit tiefer Sorge, spreche aus ihr doch eher die Stimme der Militärs als der Diplomaten. Nach seiner Rede nutzte Ilja Kremer die Zeit, um Berliner Freunde zu treffen, Interviews zu geben und auch ein Gläschen Wodka mit den Organisatoren zu trinken.

Die Veranstaltung organisierten Mitglieder unabhängiger Antifa-Gruppen gemeinsam mit der Berliner VVN-BdA. Das ist eine zukunftsweisende Zusammenarbeit für einen Antifaschismus, der viele unterschiedliche Menschen zusammenbringt. Diese Offenheit und gesellschaftlichen Breite, die das Fest am 9. Mai im Treptower Park zum Ausdruck brachte, ist in Berlin (noch) nicht so häufig anzutreffen. **Basisorganisation 8.Mai der Berliner VVN-BdA**

Ausstellung

»Weg mit Hitler – Schluß mit dem Krieg!«

18. Juni bis 23. Juli
Unter den Linden 11, Eingang Bebelplatz

Montags bis freitags von 10 bis 19 Uhr, samstags bis 14 Uhr. Eintritt frei. Informationen unter www.berlin.vvn-bda.org.

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

NORDRHEIN-WESTFALEN

»Kommunistische Vorfeldorganisation«?

Verfassungsschutz NRW zieht Aussage zu VVN-BdA zurück

Schon lange kannten wir sie nicht mehr, die Erwähnung der VVN-BdA im NRW-Verfassungsschutzbericht. Nun war sie wieder da.

Im „Zwischenbericht 2008 – Entwicklung und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen“ wurde den Medien mitgeteilt, bei den Protesten gegen den Kölner Anti-Islamisierungskongress wurde die VVN-BdA als „Vorfeldorganisation der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)“ vom Auge unterm Schlapphut erblickt. Das fanden wir nun nicht lustig, denn da muss der DKP – konstituiert 1968 – mit der VVN-Gründung im Herbst 1946 ja sehr zeitig gelungen sein, sich ihr Vorfeld zu bestellen.

Wir schrieben daher dem Verfassungsschutz, er möge derlei Behauptungen unterlassen und im nächsten Verfassungsschutzbericht unsere Gegendarstellung abdrucken.

Und dann erhielten wir einen Brief aus dem Innenministerium und beigefügt den gedruckten Bericht des NRW-Verfassungsschutzes für 2008. „Wie sie dem Inhalt entnehmen können, haben wir die von ihnen zitierte Passage des Zwischenberichts 2008 in den endgültigen Bericht über das gesamte Jahr 2008 nicht übernommen.“ Die Passage sei auch im Internet gestrichen worden. Dies entspreche „der aktuellen Erkenntnislage“. Unser Protest hat Wirkung gezeigt. Sich wehren hilft. **Ulrich Sander**

»Ein Name und ein Gesicht...«

Besuch in der Gedenkstätte Westerbork

»Die Geschichte des Lagers Westerbork ist die Geschichte des 102 000fachen Mordes einer Person: einer Mutter, eines Vaters, eines Opas, einer Großmutter, eines Onkels, einer Tante, eines Bruders, einer Schwester, eines Sohnes, einer Tochter, eines Neffen, einer Nichte, eines Freundes, einer Freundin, eines Nachbarn, eines Klassenkameraden... Und es ist die Geschichte von 5 000 Überlebenden", heißt es im deutschen Flyer des Erinnerungszentrums Kamp Westerbork in den Niederlanden.



Denkmal für die 102 000 deportierten Jüdinnen und Juden im niederländischen Erinnerungszentrum Westerbork. Bilder: Gisela Blomberg

Um diese Geschichte anzuhören und das ehemalige Lager und die dazugehörige Gedenkstätte anzusehen, hat sich der Kreisverband Düsseldorf der VVN-BdA am 10. Mai mit 22 Mitgliedern und interessierten jungen Freundinnen und Freunden – und dank großzügiger Unterstützung durch die Evangelische Kirche im Rheinland – auf den Weg gemacht nach Hooghalen bei Groningen. Dort liegt zwischen idyllischen Dörfern und weiten Feldern ein ausgedehntes Waldgebiet, in dem sich von 1942 bis 1945 das Durchgangslager Westerbork befand.

Am Schlagbaum zum Lager erwarteten uns Jan de Vries, um uns über das ehemalige Lagergelände zu führen, und Sophie Molema mit ihrem Mann, die an der Universität Nijmegen ihre Dissertation über Werner Stertzenbach, den Düsseldorfer Kameraden aus dem KZ Westerbork, geschrieben hat und somit ebenfalls über detaillierte Kenntnisse des Ortes und seiner grausamen Geschichte verfügt. Das besonders Grausame, so machte uns Jan de Vries deutlich,

Zug auf Zug fuhr in die Vernichtung

war, dass das Leben im Lager im Vergleich zu anderen erträglich war und damit Hoffnung erzeugte – so gab es eine renommierte ärztliche Behandlung –, diese Hoffnung aber am Ende sich als trügerisch erwies, wenn wieder einmal einer der insgesamt 93 Züge zur Deportation in die Vernichtungslager zusammengestellt wurde. Der Bericht von Jan de Vries über den Lageralltag war auch deshalb so besonders bewegend, weil die einstige Unmenschlichkeit des Ortes in so krassem Gegensatz zu dem frühlingshaft warmem Wetter und der uns umgebenden Natur stand und die erfreulich große Zahl der Besucher – viele mit Familien und Kindern – dem Ganzen eine Art Ausflugscharakter verlieh.

Die historische Realität verlässt einen aber nie – dafür sorgen unter anderem zwei künstlerische Monumente, eine Rampe, an der zwei zerschnittene, zerfetzte Bahngleise in den Himmel führen und jäh en-

Lagerleiter »wusste nichts«

den. Und dann der ehemalige Appellplatz: Ausgelegt mit zweifarbigem Pflaster in Form der Niederlande, kleine, rote Steinquader unterschiedlicher Höhe mit dem Davidstern auf der Oberseite, 102 000 an der Zahl. Ein Stein für jeden einzelnen Menschen, der hier oder von hier aus deportiert den Tod fand.

Das Ziel, hier jeden Einzelnen zu würdigen, steht auch im Vordergrund der Ausstellung der Gedenkstätte, die wir abschließend besuchten: Ein beeindruckender Film, Fotos und Gebrauchsgegenstände aus dem Lager machen dies für den Besucher deutlich greifbar und ergreifen ihn.

Am Ende waren wir alle froh, diese Fahrt unternommen zu haben, zum Gedenken ebenso wie zur weiteren Motivation für unsere Aktivitäten gegen Neonazismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit .

Geschockt waren wir alle über die Tatsache, dass der deutsche Lagerkommandant, SS-Obersturmführer Gemmeker vom Mord an 102 000 deportierten Jüdinnen und Juden und von seiner Verantwortung dafür »nichts wußte«. In den Niederlanden lediglich zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, verbrachte er seinen »Lebensabend« friedlich als Zigarrenhändler in Düsseldorf.

Sylvia Brecht



Gang durch das Lager: Sophie Molema, Jan de Vries und Jürgen Schuh (VVN-BdA).

SJD - Die Falken aus Meschede

Spurensuche nach Zwangsarbeitern

Die Falken aus Meschede begingen den 64. Jahrestag der Befreiung Europas vom Hitlerfaschismus in diesem Jahr mit einer Exkursion. Die Jugendlichen begaben sich auf die Spur der 80 Zwangsarbeiter, die in den letzten Kriegstagen, im Angesicht der Befreiung, nahe der Stadt von einem faschistischen Erschießungskommando ermordet worden sind.

Und die Falken machten sich auch auf die Spur der Täter: Bei der Exkursion ging es auch um die Rolle von Teilen der Industrie bei der Machtübertragung an die Nationalsozialisten, beim Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und bei der Ausbeutung von Zwangsarbeitern. **M. H.**

DIE LINKE Düsseldorf fordert

Ehrenbürgerschaft an Maria Wachter

Die Düsseldorfer Ratsfraktion der Partei „DIE LINKE" hat sich für die Verleihung der Ehrenbürgerschaft für die VVN-Kameradin Maria Wachter stark gemacht. Die VVN-BdA dazu: Dies halten wir für gut und unterstützen selbstverständlich den Antrag. Die Ratsfraktion hat dazu eine Broschüre erstellt, in der auch ein Statement der VVN-BdA Düsseldorf enthalten ist. Die Broschüre kann bei der VVN-BdA NRW bezogen werden.

ver.di Mülheim ehrt Martha Hadinsky

VVN-BdA nahm an Feierstunde für Widerstandskämpferin teil

Mit der Entscheidung, den Besprechungsraum im Gewerkschaftshaus Mülheim-Ruhr künftig »Martha-Hadinsky-Zimmer« zu nennen, ehrte der ver.di-Bezirk Mülheim-Oberhausen das Andenken an die engagierte Antifaschistin, deren Leben durch gezielte politische »Maßnahmen« des Nazi-Regimes und der Adenauer-Regierung zerstört wurde.

»Auch in Mülheim wurden ab 1933 Gewerkschaftsmitglieder und Antifaschistinnen und Antifaschisten politisch verfolgt«, so der ver.di-Bezirksvorstand. „Sie wurden in ihrer Existenz bedroht, verhaftet und gequält. Für einige Widerstandskämpfer setzte sich die politische Verfolgung auch in den Jahren der Restauration, insbesondere unter der Ära Adenauer fort. Eine davon war Martha Hadinsky. Mit der beabsichtigten



Martha Hadinsky

Widmung soll ihr ein ehrendes Andenken zuteil werden.«

Martha Hadinsky war nach 1933 am Aufbau einer antifaschistischen Jugendorganisation beteiligt und verteilte Info-Material gegen das Nazi-Regime. Ihre Widerstandsgruppe wurde 1936 zerschlagen, und die NS-Justiz verurteilte sie zu 15 Jahren Zuchthaus.

Nach acht Jahren wurde Martha Hadinsky aufgrund einer TBC-Erkrankung entlassen, da man der Ansicht war, dass ihre Krankheit tödlich verläuft. Anschließend nahm sie illegale Kontakt zu den Angehörigen des Bombenräumkommandos des Zuchthauses Lüttringhausen auf.

Nach 1945 erhielt sie eine »Entschädigungsrente«. Sie arbeitete in der Adenauer-Zeit illegal als Mitglied für die KPD. 1961 wurde sie aufgrund dieser Arbeit zu 15 Monaten Haft verurteilt. Die Landesrentenbehörde stellte die Zahlungen ein und forderte die Rückzahlung der geleisteten Entschädigungsbeträge. Daraufhin nahm sich Martha Hadinsky das Leben.

»Aus der Urteilsbegründung ergibt sich«, so der Zeitzeuge Günther Daus, »dass die Strafkammer berücksichtigt hat, dass sie zur Zeit des Nationalsozialismus schweres Unrecht erlitten hat, dass sie gut beleumdet und noch nicht mit dem Gesetz in Konflikt gekommen ist. Als belastend wurde nur angegeben, dass sich die Klägerin über einen längeren Zeitraum mit erheblicher Energie für die kommunistische Partei eingesetzt habe.

Martha Hadinsky schied aus dem Leben, weil sie einfach die Kraft nicht fand, sich gegen diejenigen zur Wehr zu setzen, die sie praktisch in den Tod getrieben haben.«

An der Feierstunde am 4. Mai im Mülheimer Gewerkschaftshaus beteiligten sich unter anderem die Bürgermeisterin Renate aus der Beek, der ver.di-Bezirks-Traditions-Beauftragte Günter Wolf, Vertreter der jüdischen Gemeinde, die Landesschatzmeisterin der Partei DIE LINKE, Nina Eumann und die Vorstandsmitglieder der VVN-BdA KV-MH Michael Doetsch und Helmut Hermann.

Andreas Marquardt

Dortmund bietet viel auf gegen Naziaufmarsch

Antifaschisten wollen »den Nazis die Räume streitig machen«

In und um Dortmund werden die Aktionen verstärkt, die zu einer Verhinderung des Naziaufmarsches am 5. September zum »Nationalen Antikriegstag« führen sollen.

ver.di hat bereits zig-tausend Unterschrift gesammelt, und die IG Metall erklärte, keine Betriebs- oder Stadtteilgruppenversammlung, keine Vertrauenskörpersitzung, kein Wochenendseminar dürfe vergehen, ohne die Menschen für das Thema zu sensibilisieren. Ein Seminarkonzept zum Vorgehen gegen Fremdenfeindlichkeit in den Betrieben, die Unterstützung der ver.di-Unterschriftensammlung und die Mobilisierung für eine Gegenveranstaltung am 5. September habe nun absolute Priorität. Gefordert wird das Verbot der NPD.

Die VVN-BdA forderte den Polizeipräsidenten auf – gerade als Lehre aus dem 1. Mai 2009, an dem in Dortmund eine Nazibande den Demonstrationszug des DGB gewalttätig angriff – das Verbot der geplanten Naziprovokation am 5. September auszusprechen. In Briefen der VVN-BdA an sämtliche Bezirksvertretungen der Stadt schrieb die VVN-BdA: »Wir bitten Sie, sich diesem Ersuchen an den Polizeipräsidenten anzuschließen und einen entsprechenden Beschluss zu fassen.«

Ferner wurden die Bezirksvertretungen gebeten, in ihren Gebieten öffentliche Aktionen gegen die Nazis am 5.9. vorzubereiten und dafür öffentliche Plätze anzumelden – um so den Nazis keinen Raum zu lassen. Die VVN-BdA selbst hat bereits Plätze angemeldet, um den Nazis die Räume zu versperren.

Die VVN-BdA erklärte: »Ferner unterstützen wir die Forderung nach einer Erinnerungsarbeit, die neben dem Gedenken an die Opfer mittels Stolpersteinen auch die Erinnerung an die Täter und die Mahnung ›Nie wieder!‹ einschließt.«

Die Bezirksvertretungen wurden zur Schaffung von Mahntafeln aufgefordert, um über diejenigen Personen aufzuklären, die schuldig sind am Schicksal der NS-Opfer und die an der Kriegsvorbereitung und -führung und der Unterdrükkung der Arbeiterbewegung unermesslich verdienten. »Wir bitten Sie, nicht das Beschweigen der Stätten hinzunehmen, an denen die Täter aus der Industrie wirkten.«

Keine Straßennamen für Hitlerfinanziers

Das bedeutet, so die VVN-BdA: Eine Springorum-Allee – wie sie neuerdings geplant ist – sei unzumutbar und nicht hinzunehmen. Anstelle der Hitler-Finanziers und -Förderer Springorum jr. und sen. sollte der Name eines der Opfer vom Karfreitag 1945 für die Siedlung und die Allee gewählt werden.

Für Innenstadt-Ost bedeute dies: Es sollte auf die Hitler-Finaniers aus der Ruhrlade hingewiesen werden. Es sei die Stelle zu markieren, an der sich in Dortmund im Januar 1933 die Industriellen versammelten, die Hitlers Hochkommen unterstützten. Ferner heiße dies für Dortmund-Eving: Eine Kirdorf-Siedlung sollte es nicht länger geben. Anstelle des Hitler-Finanziers Emil Kirdorf sollte der Name eines NS-Opfers für die Siedlung gewählt werden.

Die Bezirksvertretungen in Hörde und Aplerbeck wurden schließlich aufgefordert, bei der Schaffung des künstlichen Phönix-Erholungssees »nicht das Andenken an die Opfer der Stahlindustrie von 1939-1945 im See zu versenken«. Am Emschertor an der Hermannstraße solle unbedingt an dem Plan festgehalten werden, mit einer Tafel an die Todesopfer des Auffangs- und Arbeitserziehungslagers zu erinnern.

Ulrich Sander

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (0202) 450629
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28212-435, BLZ 36010043

Gedenken und Mahnen in Zwickau

Tage der Demokratie und Toleranz 2009

Zum siebten Mal in Folge gab es in der Zeit vom 15. bis 25. April 2009 die Tage der Demokratie und Toleranz in der Region Zwickau. Die im Bündnis für Demokratie und Toleranz zusammengeschlossenen Partner organisierten und veranstalteten zahlreiche Theateraufführungen, Ausstellungen, Gesprächsrunden und Vorträge. Sie widmeten sich sowohl den Verbrechen des Nationalsozialismus als auch dem Vorgehen gegen Rechtsextremismus. Ein weiterer Schwerpunkt war die »friedliche Revolution« vor 20 Jahren.

An den rund 30 angebotenen Veranstaltungen beteiligte sich der VVN-BdA Zwickau in Zusammenarbeit mit dem Verein Bunt ist Besser als Braun e.V. aus Meerane (BiBaB) mit sechs Veranstaltungen wie Besuch der Mahn- und Gedenkstätte KZ Buchenwald und Teilnahme an der Gedenkveranstaltung des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora.

Die Ausstellung »Lea Grundig: Im Tal des Todes« im Zwickauer Kulturzentrum »Alter Gasometer« war weiterer Bestandteil der Veranstaltungsreihe. Gezeigt wurden hochwertige Reproduktionen von 17 Tusch-Pinselzeichnungen, die in der Zeit um 1943 im Exil entstanden und 1944 zunächst in Palästina und erneut 1947 in Dresden in Buchform publiziert wurden. Die meisten der 17 Blätter gelten heute als verschollen. Die Ausstellung erhellt somit einen kleinen, aber wichtigen Ausschnitt aus dem Gesamtschaffen von Lea Grundig. Sie hat – wie kaum eine andere deutsche Künstlerin – mit ihrem Wirken den Leidensweg der Juden in Deutschland und in Europa dokumentiert und kämpferisch begleitet. Als selbst von den Nationalsozialisten Verfolgte und Vertriebene schuf sie beeindruckende Bilder des Grauens, aber auch der Hoffnung. Konzipiert ist die Ausstellung als kostenfreie Leihgabe der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag.




Eröffnung der Ausstellung zu Werken von Lea Grundig.

Gedenkmarsch erinnert an KZ Flossenbürg

Den Opfern des KZ-Häftlings-Arbeitskommandos bei den Horch-Werken Zwickau wurde mit einem Gedenkmarsch gedacht. Der Einsatz von KZ-Häftlingen in Unternehmen war auch in Zwickau gang und gäbe. Bereits ab 1934 waren die zur Auto-Union Chemnitz AG gehörenden Werke Audi und Horch Fertigungsstätten für die Rüstungsproduktion, für Wehrmachtsfahrzeuge, Flugzeuge und Torpedos. Nach Kriegsbeginn wurden hier mehr als 3000 Zwangsarbeiter eingesetzt. Im August 1944 begannen die Vorbereitungen zur Errichtung eines KZ-Häftlings-Arbeitskommandos bei den Horch-Werken. Eine Dokumentation im Städtischen Museum Zwickau unter dem Titel »Rüstungsbetrieb als Menschenschlachthaus« aus den 1980er-Jahren wies nach, dass in den Horch-Werken 520 Menschen von den SS-Wachmannschaften umgebracht wurden. Heute erinnert eine kleine Gedenkstätte im Tower Automotive Presswerk Zwickau an das ehemalige KZ.



Teilnehmer des Gedenkmarsches auf dem Gelände der ehemaligen Horch-Werke.

Bilder: Uwe Adamczyk

Seit dem 11. September 1948 steht am Schwanenteich im Stadtpark nahe dem Zwickauer Zentrum, ein »Mahnmal für die Opfer des Faschismus«. An dieser Stelle waren bereits am 12. August 1945 die Urnen von 320 umgekommenen und ermordeten Häftlingen aus dem KZ-Außenlager im Werk Horch und Mülsen St. Micheln feierlich beigesetzt worden. Beigesetzt wurden hier auch die Urnen von fünf Zwickauer Opfern des NS-Regimes. In den 1960er-Jahren entstand an der Stelle der alten Gedenkanlage, die abgerissen wurde, eine neu gestaltete Anlage.

Podiumsdiskussion zum Rechtsextremismus

In einer Podiumsdiskussion wurden gegenwärtige rechte Entwicklungen in der Bundesrepublik sowie im Besonderen auch in der Region Zwickau erörtert. Neben den Ursachen dieser Entwicklung ging es auch um Vorschläge und Ansätze, die diesem Trend entgegenwirken. Als Gesprächspartner waren eingeladen René Hahn (Roter Baum e.V. Zwickau), Juliane Wetendorf (RAA Sachsen Opferberatung Chemnitz), Erika Heitzig (DKP und VVN-BdA Zwickau) sowie Erwin Killat (Ehrenbürger der Stadt und Sprecher des Bündnis für Demokratie und Toleranz Zwickau). Auch die so genannten Freien Kräfte/Nationale Sozialisten – getarnt als braves Publikum – versuchten an dieser Veranstaltung teilzunehmen und Einfluss auf die Diskussion zu nehmen. Noch ehe ihnen das gelang, wurden sie erkannt und aus dem Gebäude verwiesen. Hier gilt Null-Toleranz mit jenen, die mit nazistischem, rassistischem Gedankengut unsere Welt verpesten.

Infostände zum Thema »nonpd« und »Keine Nazis in die Parlamente« rundeten den Beitrag der VVN-BdA im Rahmen der Tage der Demokratie und Toleranz ab. Insgesamt können die Veranstaltungen des VVN-BdA Zwickau und des Verein BiBaB im Rahmen der Tage der Demokratie und Toleranz positiv eingeschätzt werden, auch wenn wir nicht verkennen, dass wir uns zu den Veranstaltungen eine größere Teilnehmerzahl gewünscht hätten. Auch die anderen Veranstaltungen während dieser Zeit zeigten, dass die Aufarbeitung der Geschichte ein dauerhafter Prozess sein muss und gleichermaßen für jede Generation wichtig ist. Nur wer weiß, was in der Vergangenheit geschah, kann erkennen wie eine andere Zukunft gestaltet werden kann. **Uwe Adamczyk**

Stelen sollen Opfern ihre Namen geben

VVN-Landesvorstand Sachsen besucht Gedenkstätten

Mit dem Besuch mehrerer Gedenkstätten verschafft sich der Landesvorstand Sachsen der VVN-BdA einen unmittelbaren Eindruck und Überblick über die Nutzung und die Pflege von Gedenkstätten im Freistaat. Nach einem Besuch in Bautzen war nun die Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain bei Riesa Ziel der sächsischen Kameraden.

Nördlich von Riesa liegt die 6300 Einwohner zählende Gemeinde Zeithain. Hier ist der Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e.V. unter Leitung von Eberhard Paul seit vielen Jahren bemüht, das Andenken an Tausende Kriegsgefangene, die bei Zeithain interniert waren, zu bewahren und die Geschichte dieses riesigen Gefangenenlagers weiter zu erforschen.

Empfangen wurden die Kameraden des Landesvorstandes vom Leiter der Gedenkstätte, Geralf Gemser, der einen Überblick über die Entstehung des »Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager Stalag 304 (IV H) Zeithain« gab und über seine Gestaltung als Gedenkstätte nach Kriegsende informierte. Unterstützt wurde er vom amtierenden Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Dr. Klaus-Dieter Müller, und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zeithainer Fördervereins, Bernhard Novotny.

Der Aufbau von 60 neuen Lagern für sowjetische Kriegsgefangene gehörte zu den Vorbereitungen des faschistischen Überfalls auf die UdSSR. Jedes dieser Lager sollte im Endausbau 30000 Gefangene unterbringen können. Davon wurden 14 Lager direkt in Deutschland errichtet. Auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes Zeithain wurde im April 1941 mit den Bauarbeiten begonnen. Im Juli 1941 trafen die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen ein. Sie vegetierten anfangs unter freiem Himmel. Das Gelände war lediglich durch einen doppelten Stacheldrahtzaun umgeben. Weder Unterkunftsbaracken noch Zelte für die Unterbringung standen zur Verfügung. Zum Schutz vor der Witterung gruben sich die Gefangenen



Der Obelisk in Zeithain wurde 1948 durch die Rote Armee errichtet. Bild: Peter Giersich

Erdhöhlen. Fehlende Brunnen und der dadurch verursachte Wassermangel zwangen die Gefangenen, aus Regenpfützen zu trinken. Hungerödeme, Skorbut, chronische Durchfälle breiteten sich rasch aus und schwächten die ohnehin durch Kämpfe und lange Transporte entkräfteten Gefangenen zusätzlich.

Verbrechen des OKW an Kriegsgefangenen

Diese verheerenden Bedingungen nahm das Oberkommando der Wehrmacht (OKW) bewusst in Kauf. Ruhr-, Typhus- und Fleckfieberepidemien fielen 1941/42 in Zeithain Tausende zum Opfer. Von Dezember 1941 bis März 1942 wurde über das Lager wegen der Fleckfieberepidemie eine Quarantäne verhängt. Lebten vor deren Beginn noch 10677 Gefangene im Lager, waren es nach ihrem Ende im April 1942 nur noch 3729.

Nach der Kapitulation Italiens wurde Zeithain, wie zuvor bereits für die sowjetischen Kriegsgefangenen, zu einem Sterbelager auch für italienische Internierte. Ab Oktober 1943 trafen Transporte mit italienischen Kriegsgefangenen ein. Infolge der unzureichenden Ernährung bei gleichzeitigem Arbeitseinsatz, unzureichender Versorgung mit warmer Kleidung und Medikamenten erkrankte eine große Zahl der Italiener innerhalb weniger Monate an Tuberkulose. Die Sterblichkeit stieg in der Folgezeit kontinuierlich an.

30000 Opfer zu beklagen

Nach Beendigung des Warschauer Aufstandes am 2. Oktober 1944 und der Zusicherung, dass sie als Kriegsgefangene entsprechend dem Kriegsvölkerrecht behandelt werden, kamen zwei Eisenbahntransporte mit ca. 1400 Angehörigen der Polnischen Heimatarmee (Armia Krajowa) nach Zeithain. Es handelte sich um Verwundete, Kranke, medizinisches und sonstiges Personal aus verschiedenen Warschauer Krankenhäusern. Es wurden Baracken für die Unterbringung bereitgestellt, worin die Gefangenen das »Polnische Armeelazarett Zeithain« einrichteten. Innerhalb kurzer Zeit gelang es, einen für Zeithain bis dahin nicht erreichten hygienischen Standard zu erreichen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Tatkraft des weiblichen Pflege- und Hilfspersonals, dem mehr als 400 Frauen und Mädchen angehörten.

In Zeithain ließen über 30000 Kriegsgefangene, davon der weitaus überwiegende Teil Sowjetsoldaten, ihr Leben. Sie wurden in riesigen Massengräbern verscharrt. Am 23. April 1945 befreiten Einheiten der Roten Armee das Kriegsgefangenenlager Zeithain. Der Leidensweg der sowjetischen Kriegsgefangenen war damit jedoch nicht beendet. Entsprechend eines Befehls des Oberkommandos der Roten Armee vom August 1941 wurden sie »landesverräterischen Deserteuren« gleichgesetzt. Sie wurden deshalb nach ihrer Befreiung in so genannten Filtrationslagern verhört und oft zu langjährigen Haftstrafen in Straflagern des Gulags verurteilt.

Nach der Niederschlagung des deutschen Faschismus untersuchte eine Kommission unter Leitung des sowjetischen Generals Chorun die Gräber, um die Zahl der Toten zu ermitteln und deren Todesursachen aufzuklären. Über die Arbeit dieser Kommission sahen die VVN-Kameraden einen kurzen Film, der durch seine Authentizität alle erschütterte. Am Obelisk der Gedenkstätte legten der Ehrenvorsitzende der VVN-BdA, Prof. Hans Lauter, und die erste Sprecherin der VVN-BdA Sachsen, Regina Elsner, im Gedenken an die zahllosen Opfer der faschistischen Kriegsführung ein Gebinde nieder.

23000 Opfernamen ermittelt

Im abschließenden Gespräch informierte der Vertreter des Fördervereins, Bernhard Novotny, dass es bisher gelungen ist, von über 23000 Opfern die Namen zu ermitteln. Vorgesehen ist, im Jahr 2010, zum 65. Jahrestag der Befreiung des Lagers, Stelen mit den Namen der Opfer zu errichten. Der Landesvorstand beschloss, eine solche Stele zu finanzieren. Dr. Klaus-Dieter Müller informierte darüber, dass zum Gedenken an die Opfer der Euthanasie-Verbrechen bis 1. September die Gedenkstätte in Pirna neu gestaltet wird. Auch die Dresdner Gedenkstätte am Münchener Platz wird rekonstruiert und neu gestaltet. Damit kommt die Stiftung Sächsische Gedenkstätten einigen Forderungen der VVN-BdA Sachsen nach. Landessprecherin Regina Elsner beschloss die Zusammkunft mit der Hoffnung, dass das entstandene gute Verhältnis zwischen der Stiftung und der VVN-BdA Sachsen sich in der begonnenen Tendenz weiter gut entwickeln möge. **Peter Giersich**

Redaktion: Peter Giersich
Tel. und Fax: (03744) 80883
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-Mail: sachsenantifa@t-online.de